

RATHAUSREPORT

16. Jahrgang

6. Stadtverordnetenversammlung vom 4. März 2009

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 2/09

► Wohnen ► Arbeiten ► Leben



Rainer Dyk

Das Potsdamer Haus des Reisens ist ins Visier geraten. Die Fraktion DIE LINKE will erreichen, dass dieses Ensemble eine Chance erhält.

Kurz notiert

Obwohl DIE LINKE jahrelang erfolgreich für die Erhaltung von Garagenstandorten gestritten hat, enthielten sich deren Mitglieder bei der Beschlussfassung des Garagenkonzepts. Die Stadtverordneten aller anderen Fraktionen hatten zuvor die Änderungsanträge der LINKEN, den Standorte Burgstraße als solchen zu erhalten und den Nutzern ein Miet- oder Kaufangebot zu unterbreiten und am Standort Kiewitt der Garagengemeinschaft ein Kaufangebot zu machen, abgelehnt.

☀️ Übrigens ...

... werden die Ausschüsse auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und CDU/ANW darüber beraten, ob der Beschluss der StVV zum Sanierungsgebiet „Potsdamer Mitte“ – betreffend das Palmenzelt der Weißen Flotte aufgehoben werden soll. Für die antragstellenden Fraktionen ist es „unvorstellbar, dass unmittelbar gegenüber dem neuen Landtag mit der

Rekonstruktion der Schlossfassade eine Funktionsgebäude ohne jeden städtebaulichen Bezug neu errichtet werden soll und damit die Wiedergewinnung des historischen Stadtgrundrisses auf Jahrzehnte hinausgeschoben wird“. Dem Anliegen der Weißen Flotte könne auch im Rahmen der vorgesehenen Baufelder entsprochen werden.



Mit auf den Weg ...

Liebe Leserin, lieber Leser, die 6. Sitzung der StVV hatte es wieder einmal in sich. Da am regulären Sitzungstag zum wiederholten Male die Tagesordnung nicht abgearbeitet werden konnte, musste die Sitzung am 9. März fortgesetzt werden. Und die begann mit einem Eklat. Nachdem am Mittwoch die Bestellung des vom Oberbürgermeister favorisierten Geschäftsführers der Luftschiffhafen Potsdam GmbH gescheitert war und der OB mitgeteilt hatte, den Tagesordnungspunkt in der nächsten regulären Sitzung am 1. April noch einmal aufrufen lassen zu wollen, entschied der Vorsitzende der StVV kurzerhand, die Wahl doch schon am Montagabend durchzuführen.



Laut Geschäftsordnung der StVV ist dies jedoch eigentlich nicht möglich. Dennoch fand die Wahl statt und der Geschäftsführer erhielt 26 Stimmen und wurde für gewählt erklärt. Dies wiederum ist aus unserer Sicht ebenfalls nicht wirksam, da für eine erfolgreiche Wahl die absolute Mehrheit der Mitglieder der StVV, also 29 Stimmen benötigt werden.

Da meine Fraktion das gesamte Verfahren anzweifelt und die Wahl für ungültig hält, werden wir dies verwaltungsgerichtlich prüfen lassen.

Dennoch gibt es auch Erfreuliches zu berichten. Aus Potsdam ergeht auf unsere Initiative hin ein deutliches Signal für individuelle Regelsätze für von Hartz IV betroffene Kinder, die Stadt wird die Errichtung eines Gemeindezentrums für die russisch-orthodoxe Gemeinde unterstützen. Viele andere Forderungen sind auf den Weg gebracht worden, die dazu beitragen sollen, die Stadt für alle Bürgerinnen und Bürger noch lebenswerter zu machen.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender und MdL



**im März
von Peter Kaminski**

Geld – Geld – Geld

Am 27.01.2009 brachte der Oberbürgermeister endlich den Entwurf der Haushaltssatzung für das laufende Jahr 2009 ein. Im Ergebnishaushalt (er umfasst die erwarteten Erträge und Aufwendungen im Haushaltsjahr) sind Einnahmen in Höhe von 412.679.000 Euro vorgesehen. Dem stehen geplante Ausgaben in Höhe von 418.125.100 Euro gegenüber. Das Defizit von -5.446.100 Euro entspricht damit dem bereits mit dem Haushalt 2008 beschlossenen und prognostizierten Wert. Der ursprünglich für 2010 geplante Haushaltsausgleich verschiebt sich allerdings auf 2012.

In der aktuellen Sitzung informierte der Oberbürgermeister nun über den geplanten Einsatz der Mittel aus dem Konjunkturpaket II. Rund 5,2 Mio. Euro sollen in die Sanierung von zwei Schulen fließen. Die Schule im Ortsteil Eiche wird erweitert. Mit 1,8 Mio. Euro wird eine Kita in Potsdam-Babelsberg saniert, ein Neubau erfolgt in Potsdam-West. Weiterhin werden 1,6 Mio. Euro für die Sanierung des Kulturhauses Babelsberg sowie des soziokulturellen Zentrums «Lindenpark» in Babelsberg verwendet.

Gleichzeitig ist der Wirtschaftsplan des Kommunalen Immobilien Service anzupassen. Das im vorigen Jahr mit maßgeblicher Beteiligung unserer Fraktion verabschiedete Sanierungsprogramm für Schulen und Kindertagesstätten kann nun schneller abgearbeitet werden.

In den laufenden Haushaltsberatungen ist nun darauf zu achten, dass keine Mittel von bereits geplanten Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket abgelöst und zweckentfremdet in andere Projekte umgeleitet werden. Wir werden wachsam sein.

Der Autor ist Mitglied des Finanzausschusses der StVV

Peter-Weiss-Straße?

Ob der Oberbürgermeister, wie in einem Antrag der Fraktion DIE LINKE gefordert, noch in diesem Jahr einen Vorschlag zur Benennung einer Straße nach Peter Weiss vorlegen soll, berät der Kulturausschuss. Karin Schröter erinnerte in der Antragsbegründung daran, dass der Oberbürgermeister der Witwe des Schriftstellers Peter Weiss dies bereits im Jahr 2006 zugesagt hatte.

Fahrradständer?

Nach dem Willen der Linken sollen im Umfeld der Straßenbahnhaltestelle Waldstraße-Horstweg (Linien 91, 92, 93, 96) Fahrradständer aufgestellt werden. Bevor der Antrag in die Ausschüsse überwiesen wurde, verdeutlichte Ralf Jäkel, dass die Umsteigestation Waldstraße-Horstweg zu den stark frequentierten Haltestellen gehört, die von Radfahrern vom Schlaatz und der Siedlung Eigenheim genutzt wird, vom Rad auf die Straßenbahn umzusteigen. Nicht nur aus seiner Sicht stellen die dort an den Haltestellenbarrieren angeschlossenen Fahrräder beidseitig Hindernisse dar, die durch das Aufstellen von Fahrradständern beseitigt werden könnten.

Uferwege in den neuen Ortsteilen?

Die von der StVV im Juni 2001 beschlossene Uferwegskonzeption der Landeshauptstadt beinhaltet nicht die Uferwege der durch Eingemeindung hinzu gekommenen Ortsteile. Um dies zu heilen, hat die LINKE beantragt, das Uferwegekonzept für den Geltungsbereich der neuen Ortsteile fortzuschreiben und alle Aktivitäten einzustellen, die eine Durchgängigkeit der Uferwege auch in den eingemeindeten Ortsteilen gefährden. Peter Kaminski hatte den dann in die Ausschüsse und Ortsbeiräte überwiesenen Antrag auch damit begründet, dass die Gefahr bestehen könnte, dass durch Einzelentscheidungen zu Pacht- und Verkaufsverträgen die Durchgängigkeit der Uferwege konterkariert und deren Nutzung im Interesse des Gemeinwohls in Frage gestellt werden könnte.

Kommunale Verantwortung für Bildung

Ob der OB, wie von der LINKEN beantragt, prüfen soll, in welchem Maße dem Schulträger vor Ort mehr Kompetenzen bei der Organisation und Gestaltung des Schulwesens in Potsdam eingeräumt werden soll, wird in den Ausschüssen beraten. Zudem soll geprüft werden, wie den Schulen Potsdams größere Selbständigkeit und Eigenverantwortung im personellen, finanziellen, organisatorischen und pädagogischen Bereich zugesprochen werden kann.

Unabhängige Mieterbeschwerdestelle

Die LINKE will erreichen, dass in Potsdam eine unabhängige Mieterbeschwerdestelle eingerichtet wird, an die sich Mieter/innen städtischer Wohnungsunternehmen mit

ihren Anliegen wenden können. Vertreter von Mietern, Vermietern und Verwaltung sollen dort in gemeinsamer Arbeit nach Lösungen suchen. Den privaten Vermietern, die in Potsdam tätig sind, soll Gelegenheit gegeben werden, sich dem System anzuschließen. Hintergrund dieses Antrags ist es, dass Probleme von Mietern von Nachbarschaftsstreitigkeiten über direkte Auseinandersetzungen mit Vermietern bis hin zu Problemen im näheren und weiteren Wohnumfeld reichen, wobei für die Mieter nicht immer erkennbar ist, wer für die Lösung ihres Problems zuständig ist. Abhilfe könne aus Sicht der LINKEN eine zentrale Anlaufstelle sein.

Soziologische Befragung

Ob der Oberbürgermeister eine soziologische Befragung aller Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 15 bis 30 Jahren zum Thema „Wohnen“ veranlassen soll, wie von der Fraktion DIE LINKE gefordert, beraten ebenfalls die zuständigen Ausschüsse.

Pirschheide

Die LINKE setzt sich dafür ein, dass der OB in Zusammenarbeit mit der Landesregierung, der Deutschen Bahn AG, dem VBB und den Anliegern eine zukunftsfähige Lösung für die Ausgestaltung des Nahverkehrsknotenpunktes Bahnhof Pirschheide erarbeitet. Ob es dazu kommt, beraten die Ausschüsse.

Mietsteigerungen begegnen

Nach einer kürzlich durchgeführten Erhebung wurde festgestellt, dass Potsdam bundesweit den höchsten Kaltmietenanstieg bei Nachkriegsbauten zu verzeichnen hat. Zudem steigen die Betriebskosten. Damit in Potsdam auch künftig für Niedrigeinkommenbezieher bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, will die LINKE erreichen, dass der Oberbürgermeister mit dem Wohnkonzept Vorschläge unterbreitet, wie den Mietsteigerungen in Potsdam mit geeigneten Maßnahmen begegnet werden kann.

Haus des Reisens

Die LINKE will erreichen, dass das Stadtbild prägende Haus des Reisens mit dem Wohnhochhaus eine Chance erhält. Das Ensemble steht mit der Kunst am Bau für eine Ära der Baukultur der 60er Jahre, die in ganz Europa von raumgreifenden Ideen für eine moderne Stadt geprägt war. Ob sich eine Mehrheit für den Antrag findet, beraten die Ausschüsse.

Barrierefrei

Auf Antrag der LINKEN soll der OB im Rahmen der Erarbeitung der Sanierungskonzepte für Potsdamer Schulen durch den Kommunalen Immobilienservice (KIS) dafür sorgen, dass für jede Schulform jeweils mindestens eine städtische Schule barrierefrei umgestaltet wird. Ziel ist es, dass dies bis zum Jahr 2014 erfolgt.

⌚ Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE fragten – die Verwaltung antwortete

Jana Schulze, DIE LINKE, erkundigte sich danach, wann die alte Zugänglichkeit zum Ärztehaus Großbeerenstraße/Jagdhausstraße wieder von der Großbeerenstraße aus möglich ist. Die Baubeigeordnete verwies darauf, dass der Eigentümer der Liegenschaft diesen Zugang zur Gefahrenabwehr im Winter gesperrt hatte. Die Stadtverwaltung habe sich dafür eingesetzt, dass es trotzdem eine Zuwegung zum Objekt gibt, hat den öffentlichen Gehweg grundhaft neu ausgebaut und einen barrierefreien Zugang geschaffen. Man müsse nun jedoch einen Umweg von ca. 200 Metern gehen, um ins Ärztehaus zu kommen. Auf die Nachfrage von Jana Schulze, ob der Beigeordneten bekannt sei, dass der Eigentümer den ursprünglichen Weg an die niedergelassenen Ärzte zum Verkauf angeboten hat, verneinte diese, bot sich jedoch an, moderierend zwischen Ärzten und Eigentümer tätig werden zu wollen.

⌚

Wie denn nun der Stand der Arbeiten im Leibniz-Gymnasium tatsächlich sei, wollte Jana Schulze mit Blick auf die unterschiedlichen Aussagen in den vergangenen Wochen wissen. Die Beigeordnete verwies darauf, dass der südliche Teil des Untergeschosses am 17.02.09 zur Nutzung freigegeben worden sei. „Das müssten die Leute vor Ort auch bemerkt haben“, so Frau Müller. Leider habe die Witterung die Planung „verhagelt“, weshalb die Außenarbeiten noch nicht abgeschlossen sind. Sobald dies jedoch fertig ist, werden die Arbeiten fortgesetzt. Bis auf das Untergeschoss sei die Schule wieder voll nutzungsfähig. Auf entsprechende Nachfrage räumte die Beigeordnete ein, dass sie nicht wisse, warum es zu Verzögerungen gekommen sei, es liege jedoch kein bösesartiges Verzögern vor.

⌚

Anfang Februar sollte nach Medienberichten ein Treffen u. a. mit den Trägern der Tafel und der Arche erfolgen, da die Nachfrage in diesen Einrichtungen gestiegen sei. Jana Schulze hakte nach, ob und wenn ja nun wirklich mit einem solchen Treffen zu rechnen ist. Die Beigeordnete kündigte an, dass für den 16. März 2009 zu einem workshop eingeladen wurde.

⌚

Da die Verwaltung am 21. August 2008 mitgeteilt hatte, dass im August die Arbeiten bzw. Vergabe von Aufträgen durch die Eigentümer der Ladenzeile am Keplerplatz erfolgen würden, sich jedoch bislang keine Veränderung der äußeren Gestaltung und der Gewährleistung der Sicherheit erkennen ließen, fragte Jana Schulze nach. Die Beigeordnete sagte, „der Teufel steckt im Detail“. Die Anfrage von Frau Schulze habe die Verwaltung veranlasst, mal nachzuschauen, was da eigentlich los ist. Man stellte fest, dass die Zusagen, den südli-

chen Teil der Ladenzeile betreffend erfüllt seien, der nördliche Teil der Liegenschaft jedoch einem anderen Eigentümer gehöre. „Sobald wir den Eigentümer ermittelt haben“, werden wir das Gespräch suchen, so die Beigeordnete. Auf die Nachfrage von Jana Schulze, ob eventuell das Stadtkontor bei der Suche nach dem Eigentümer behilflich sein könne, räumte die Beigeordnete ein, dass der Eigentümer bekannt sei, man mit ihm spräche und der Bauausschuss über das Ergebnis informiert werde.

⌚

Das neue Klimainstitut soll seinen Sitz in Potsdam erhalten und soll bereits im Oktober 2009 die Arbeit aufnehmen. Da es augenscheinlich zwischen der Landesregierung und der Stadtverwaltung zum Streit über den Sitz des Instituts gekommen ist, wolle Anita Tack, DIE LINKE, wissen, welche Einigung zwischenzeitlich erzielt werden konnte. Der Oberbürgermeister meinte, dass die Interpretation, dass es zu einem Streit gekommen sei, wohl auf einem Missverständnis beruhe. Bis Oktober 2009 soll das Institut seine Arbeit aufnehmen; bis dahin werde das Gebäude in der Speicherstadt wohl noch nicht fertig sein. Nach Lage der Dinge, so der OB, wird der Aufbau des Instituts zunächst in einem anderen Gebäude stattfinden, langfristig „könnte ich mir die Speicherstadt schon vorstellen“. Man sei mit der Landesregierung im Gespräch. Von einem grundsätzlichen Dissens auszugehen, wäre nicht richtig. Auf Nachfrage von Anita Tack, welches Mitspracherecht die Stadt bei der Standortwahl habe, erklärte der OB, dass die Verwaltung ständig auf dem Laufenden gehalten werde und auch selbst Standorte vorgeschlagen habe. Die Entscheidung, wo die vorübergehende Unterbringung erfolge, stehe noch aus.

⌚

Sigrid Müller, DIE LINKE, fragte nach, wie viele Anträge auf Gewährung eines persönlichen Budgets für Bürgerinnen und Bürger mit Handicap seit Januar 2008 von der Stadtverwaltung bewilligt wurden. Die zuständige Beigeordnete erklärte, dass im Jahr 2008 25 Anträge gestellt, davon 6 bewilligt, 5 abgelehnt, 7 an die Krankenkassen weitergeleitet, 6 von den Antragstellern zurückgezogen und einer noch nicht beschieden wurde.

⌚

Nachdem die Verwaltung im September 2008 mitgeteilt hatte, dass für bildende Künstler in der Stadt günstige Ateliermieten und neue Nutzungsvarianten verhandelt bzw. geprüft werden, fragte Karin Schröter, DIE LINKE, nunmehr nach den Ergebnissen. Die zuständige Beigeordnete informierte darüber, dass die Verwaltung im Jahr 2008 „intensiv Gespräche geführt“ habe, „temporär“ Wohnungen zur Verfü-

gung gestellt werden konnten. Langfristig sehen die Wohnungsunternehmen jedoch keine Möglichkeiten. Das Projekt „Panzerhalle“ soll zusätzlich zur Entlastung der Situation führen. Auf Nachfrage von Karin Schröter, ob die Verwaltung im Auge habe, dass der Mietvertrag für das Künstlerhaus in der Puschkinallee auslaufe, räumte die Beigeordnete ein, „überfragt“ zu sein, dies aber weiterleiten und im Kulturausschuss darüber berichten werde.

⌚

Der KIS sieht keine Möglichkeiten, mit den Beteiligten die Parkraumvarianten in der Schiffbauergasse erneut zu diskutieren bzw. ggf. zu verändern, antwortete die Baubeigeordnete auf die entsprechende Frage von Karin Schröter. Der Entwurf des Parkraumkonzeptes wurde den Anliegern vorgestellt und mit ihnen ausführlich diskutiert. Der KIS habe zwischenzeitlich festgestellt, dass ausschließlich die Kultureinrichtungen Probleme mit dem kostenpflichtigen Parken haben. Weitere Gespräche würden aus Sicht des KIS zu keinen anderen Ergebnissen gelangen. Die Baubeigeordnete nehme die Frage jedoch zum Anlass, das Problem noch einmal in der Verwaltung zu diskutieren. Fest steht jedoch, dass das Parkhaus leer stehe, weil jeder bemüht sei, einen kostenlosen Parkplatz zu finden. Langfristig sei das keine Lösung.

⌚

Aus rechtlicher Sicht sei die Einflussnahme der Verwaltung auf die Gestaltung der Sanierungsmaßnahmen am Wohnheim Breite Straße nur sehr begrenzt möglich, reagierte die Baubeigeordnete auf die Frage von Ralf Jäkel, DIE LINKE, ob die Stadt Möglichkeiten sehe, mit dem Studentenwerk Gespräche dahingehend zu führen dass die Sanierung der Fassaden Breite Straße 18 sich den sanierten Wohnhäusern der Neustädter Havelbucht anpasst. Im Übrigen sei das Studentenwerk eine Einrichtung mit begrenztem Budget, die Balkone seien, da zu klein, nicht mehr zeitgemäß, man präferiere jedoch bei der Farbgestaltung derzeit einen sandsteinfarbenen Grundton und somit zumindest farblich eine entsprechende Anpassung an die Umgebung.

⌚

Wahrscheinlich bekommen wir die Lärmschutzmaßnahme Fahrbahnsanierung der Potsdamer Straße B 273 in Bornstedt aus Mitteln des Konjunkturpaket II nicht hin, sagte die Baubeigeordnete auf die entsprechende Frage von Ralf Jäkel. Da es sich bei den Arbeiten, so sie denn kommen würden, um kommunalabgabepflichtige (KAG) Maßnahmen handeln würde, müsse man weiter im Gespräch mit den Anliegern bleiben. Im Übrigen könne eine Straße in der Stadt und deren Anlieger nicht bevorzugen werden.



Angenommen

Regelsatz für Hartz-IV-Kinder

Trotz großer Bedenken der CDU setzte sich der Linksfraktionsantrag durch, nach dem die Stadtverordnetenversammlung ein deutliches Signal für die Einführung eines eigenständigen Regelsatzes für Kinder aus ALG-II-Bedarfsgemeinschaften setzte. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, sich dafür gegenüber der Bundes- und Landesregierung einzusetzen und durch geeignete Maßnahmen dafür zu werben. Jana Schulze hatte in der Begründung des Antrags ausgeführt, dass die Bedarfsgemeinschaften in ihrer derzeitigen Ausgestaltung eine sozialpolitische Fehlkonstruktion sind, weil sie u. a. dem Anspruch, das Existenzminimum von Kindern eigenständig und unabhängig vom Familieneinkommen abzusichern, nicht gerecht werden. Ziel aller demokratischen Kräfte muss daher die Einführung

einer individuellen und bedarfsorientierten Kindergrundsicherung als eigenständiges soziales Sicherungssystem für alle in der Bundesrepublik lebenden Kinder sein.

Arbeitszeit

Auf Antrag der LINKEN muss der Oberbürgermeister bis Mai 2009 auf der Grundlage der Arbeitsplatzbeschreibung für Schulsekretärinnen ab dem Jahr 2005 ein Konzept zur differenzierten Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Schulsekretärinnen erstellen. Damit sollen die Stundenzahlen den veränderten Erfordernissen des Schulalltags angepasst werden.

Infrastruktur

Die StVV folgte dem Antrag der LINKEN, notwendige Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere im Ortsteil Marquardt kurzfristig einzuleiten. Neben den in Bornim/

Bornstedt vordringlichen Straßenbaumaßnahmen zur Verkehrsberuhigung ist vor allem die Zufahrtstraße von der B 273 bis zum Ortseingang von Marquardt dringend erneuerungsbedürftig. Der Oberbürgermeister muss die StVV in der Sitzung vor der Sommerpause 2009 über eingeleitete Maßnahmen informieren.

Gemeindezentrum

Der Geschäftsführer der russisch-orthodoxen Gemeinde, Sergej Koljanow, warb in der StVV um die Unterstützung der Stadt für die Errichtung eines Gemeindezentrums. Er verwies darauf, dass die russisch-orthodoxe Gemeinde in Potsdam nicht nur eine lange Tradition aufzuweisen hat, sondern in den letzten Jahren zunehmend Zuspruch erfährt und eine wertvolle Integrationsarbeit leistet. Nach seiner Rede folgte die Mehrheit der StVV dem entsprechenden Antrag der LINKEN.



Was – wann – wo

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107 bzw. 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr
16.; 23. und 30. März; 06. und 20. April 2009

7. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Plenarsaal
01. April 2009, Beginn 13 Uhr

Frühshoppen „Rathausreport live“

Bürgerhaus Stern*Zeichen, Galileistraße 37/39, Stadtteil Am Stern
05. April 2009, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 3/2009

Stadthaus, Raum 3.107
09. und 14. bis 16. April 2009

Info-Stände in den Stadtteilen:

- | | | |
|----------------|-----------|--------------------------------|
| 09. April 2009 | 15:00 Uhr | Rathaus Babelsberg |
| 17. April 2009 | 14:30 Uhr | Kepler-Platz, Am Stern |
| | 15:00 Uhr | Waldstadt-Center, Waldstadt II |
| | 16:00 Uhr | Havel-Nuthe-Center, Drewitz |
| 18. April 2009 | 09:30 Uhr | Markt-Center, Breite Straße |
| | 10:00 Uhr | Marktplatz, Kirchsteigfeld |
| | 10:00 Uhr | REWE-Kaufhalle, Zentrum Ost |
| | 10:00 Uhr | Stadtplatz, Am Schlaatz |

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL

22. April 2009 von 17:00 – 18:30 Uhr
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Vorankmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69
Mail: wkbscharfenberg@aol.com



Abgelehnt

Der Antrag der LINKEN, notwendige Schritte zu unternehmen, damit die Verteuerung des Schulessens in Potsdam nicht zu Lasten der Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern erfolgt, fand leider keine Mehrheit.



Angemerkt

Auch wenn in der Hauptsatzung der Stadt das Akteneinsichts- und Petitionsrecht – wie von der LINKEN vehement gefordert - nicht mehr geregelt ist, hat jede/r ein Akteneinsichts- und Petitionsrecht, da dies im Land Brandenburg verbriefte Rechte sind.

Da der

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: Fraktion DIE LINKE, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
eMail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331-2893051, Fax 0331-2893119